



Rede & Antwort

Preuß-Buchholz unterstützt die Studentenproteste

Kein Stipendium weit und breit. Das BAFöG reicht oft nicht und die jetzt angekündigte Erhöhung durch die Bundesregierung löst die vielen Probleme nicht.

Die Solinger Landtagsabgeordnete Iris Preuß-Buchholz (SPD) sieht Deutschland noch lange nicht als Bildungsrepublik, die die Kanzlerin gerne schon mal ausruft. In NRW haben es Studierende seit Rüttgers und der schwarz-gelben Regierung noch schwerer. Im Gegensatz zu Johannes Rau, der kostenlose Universitäten für Kinder aus Arbeiterfamilien gegründet hat, hat der - sich gern sozial gebende - Ministerpräsident vielen Menschen Studium und gesellschaftlichen Aufstieg durch die Studiengebühren versagt! Der Ausstieg aus den Studiengebühren wäre der wichtigste Schritt zu mehr Chancengerechtigkeit, den die protestierenden Studenten zu Recht fordern.

Hinzu kommt die Verschulung des Studiums durch schlechte Umsetzung des Bolognaprozesses. Auch hier erklärt sich die Abgeordnete mit den Protestierenden solidarisch und fordert eine Sondersitzung des Ausschusses für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie, dem sie als ordentliches Mitglied angehört. Man könne von den Studierenden nicht nur fordern und die Förderung hinten runter fallen lassen. Bildung habe nicht nur den kurzlebigen Interessen der Wirtschaft zu dienen. Bildung und Qualifikation sind das Rüstzeug der Menschen für ein eigenständiges Leben in einer globalisierten Welt.

„Die Landesregierung setzt viel zu sehr auf technokratische Verfahren, anstatt die studierenden Menschen im Blick zu haben“, so die Abgeordnete. Die von Schwarz-Gelb begonnene schleichende Privatisierung der Bildung muss beendet werden. Preuß-Buchholz begrüßt dabei die Beschlüsse für ein besseres und gerechteres Bildungssystem, das der Dresdner Parteitag der SPD grade erst gefasst hat: „Wir

wollen mehr Wahlfreiheit, entschlackte Studienordnungen und eine verbesserte Praxisorientierung. Nationale und internationale Mobilität im Studium muss endlich Realität werden. Jedem Bachelor-Absolventen muss es freistehen, einen Master-Abschluss zu erwerben.“ Das verkürzte Abi gehöre ebenfalls auf den Prüfstand.